

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(33. - öffentliche - Sitzung am 17. September 2025)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7122](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge - Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7123](#)

Der Unterausschuss setzt die vorbereitende Beratung fort. Er beschließt, die Gesetzentwürfe in seiner nächsten Sitzung gemeinsam mit dem „Entwurf eines Gesetzes zum Achten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge - Reform des Verfahrens zur Festsetzung des Rundfunkbeitrages“ ([Drs. 19/7635](#)) weiter zu beraten.

2. **Machtmissbrauch und sexueller Belästigung in der Filmbranche entgegentreten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5326](#)

Der Unterausschuss schließt die vorbereitende Beratung ab und votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

3. **Instagram, TikTok und Co.: Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche - Falsch- und Desinformationen eindämmen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7489](#)

Der Unterausschuss setzt die vorbereitende Beratung fort. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Ferner beschließt er, in seiner für den 4. Februar 2026 vorgesehenen Sitzung eine Anhörung durchzuführen.